

## **Euroland im Absturz – Lässt sich Europa retten?**

Das im Sommer 1978 mit dem EU-Gipfel zur Einführung eines „Europäischen Währungssystems“ hoffnungsvoll gestartete und im Maastrichter Vertrag von 1992 festgeschriebene Projekt Euro-Währung bewegt sich im zwölften Jahr seiner Einführung am Abgrund. Die Stimmen, die einen Zusammenbruch voraussagen, nehmen in der Politik und der Wissenschaft zu. In der breiten Öffentlichkeit ist die Zustimmung in Euroängste umgeschlagen. Der Widerspruch zwischen den mittlerweile 890 Milliarden Euro an zur Verfügung gestellten Rettungsmitteln und der mangelnden Aussicht auf eine Stabilisierung des Eurolandes lässt sich nicht mehr leugnen. Mit der Aufstockung der Rettungsfonds wächst auch die Sorge, dass die aus den Zusagen resultierenden möglichen Belastungen der Steuerzahler in den Geberländern fällig werden könnten. Schließlich wird die Gefahr einer Ansteckung der Banken und Versicherungen durch die Staatsschuldenkrise mit katastrophalen Folgen vermutet.

Dabei nährt der politische Umgang mit der Eurokrise mittlerweile auch eine Vertrauenskrise in das Regierungshandeln und damit gegenüber den EU-Institutionen. Das „Handelsblatt“ machte unlängst mit der Frage auf; „Abschied von Europa?“ Bei der Vorteils- und Nachteilsbewertung von Rettungsmaßnahmen dominieren nationalstaatliche Interessen. Verstärkt durch wachsende Ressentiments in einer populistisch angetriebenen Öffentlichkeitsdebatte breitet sich ein Klima der Renationalisierung aus. Dazu tragen auch die durch die Boulevardpresse geschürten Ressentiments von den „faulen Pleitegriechen“ gegenüber den in griechischen Gazetten genannten „Euro-Nazis“ bei. Die Rettung des Eurolandes und damit die Stabilisierung der EU können nur gelingen, wenn die Maßnahmen von einem Bewusstsein der gemeinschaftlichen Verantwortung zum Nutzen Aller angetrieben werden. Ohne diese breite Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft werden am Ende selbst wohlgemeinte Instrumente im Widerspruch von nationalen Interessen und tiefem Misstrauen versinken.

### Masterplan für die EU

Die EU benötigt dringend einen Masterplan, aus dem sich die Schritte der Euro-Rettung begründen lassen. Dazu gehört eine Vision von einem Europa, bei dem die Währungsunion in eine Wirtschafts- und Fiskalunion eingebunden ist. Der visionäre EU-Kommissar Jacques Delors hat mit einer Expertengruppe 1989 dazu einen machbaren Plan der wirtschaftlichen und monetären Integration vorgelegt. Dagegen beschleunigt das Durchwursteln seit der ersten Rettungsmaßnahme für Griechenland im Mai letzten Jahres das Misstrauen. Zuerst wurden 60 Milliarden Euro bewilligt. Dann folgte der erste Rettungsschirm mit 110 Milliarden Euro für Griechenland. Jetzt geht es um einen unvermeidlichen Nachschlag von 120 Milliarden Euro, der noch nicht beschlossen ist. Schließlich sind die Regelungen für den „Europäischen Stabilisierungsmechanismus“ ab 2013 mit einem Garantievolumen von 440 Milliarden Euro

noch nicht geklärt. Diese Konzeptionslosigkeit bietet den Spekulanten Nährboden. Derzeit wird Italien, das die bisherige Dimension der Rettungsfonds sprengen würde, auf seinen Krisenstatus getestet. Bei dem Masterplan, der mittelfristig auch wieder Vertrauen herstellen muss, gehört der Mut zum Tabubruch. Wieder einmal kann sich die Politik (leider) nicht auf eine breite beratende Wirtschaftswissenschaft beziehen. Vergleichbar mit der Finanzkrise 2007/2008, die es nach der vorherrschenden Ökonomieunft nicht hätte geben dürfen, werden ideologiefreie Querdenker und Tabubrecher gebraucht.

Die wichtigsten Schwerpunkte einer Rettung des Eurolandes auf dem Weg zu einer Wirtschafts- und Fiskalunion sind:

#### Rettungsfonds nicht deckeln

Der ab 2013 geltende „Europäische Stabilisierungsmechanismus“ (ESM) sollte nicht, wie derzeit geplant, auf ein Volumen von 750 Milliarden Euro begrenzt werden. Einerseits hat sich gezeigt, dass die Finanzierungsgarantien im Fall Griechenlands unterschätzt wurden. Andererseits müssten auch durch die Spekulanten künftig getestete Krisenländer beim Fondsvolumen berücksichtigt werden. Am Ende ist die Gesamtsumme jedoch ungewiss. Ein nach oben offener Rettungsschirm bietet die Möglichkeit, Zeit zur Sanierung für alle, auch für die potenziellen Krisenländer zu kaufen. Allerdings muss endlich dieser Zeitkauf auch mit einer Politik der ökonomischen Stärkung verbunden werden. Hier hat die EU bisher versagt.

#### Teilverzicht der Gläubiger + Eurobonds

Aktuell geht die größte Not in Griechenland von den hohen Schulden und damit den nicht mehr finanzierbaren Zinslasten der öffentlichen Haushalte aus. Hier setzen die verschiedenen Vorschläge zur Teilentschuldung und damit Gläubigerverzichten an.

Die EU-Akteure haben sich mit ihrem Vorschlag einer „messbaren und substantiellen Beteiligung“ (Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble) blamiert. Die 3,2 Milliarden Euro, die die deutschen Banken und Versicherungen nach dem „Pariser Modell“ aufbringen sollten, hätten bei den Gläubigern kaum zu Belastungen geführt und Griechenland keine spürbare Entlastung gebracht. Von den 30%, auf die die Gläubiger der Staatsanleihen verzichten sollten, sind 20% für einen griechischen Investmentfonds geplant, aus dem den Gläubigern erstklassige Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 30 Jahren übergeben werden. Dieser symbolische Beitrag ist wohl eher als Placebo für Abgeordnete gedacht, die dem Rettungsschirm nicht zustimmen wollen.

Der Chef der COMMERZBANK AG, Martin Blessing, hat den Tabubruch in der Frage eines Teilverzichtes durch Gläubiger von griechischen Staatsanleihen gewagt. Die Idee der Eurobonds, mit denen nicht mehr der notleidende Staat, sondern die Ge-

meinschaft die Verantwortung für die neuen Anleihen übernimmt, lässt sich hinzufügen. Die Staatsanleihen werden durch eine zu schaffende Euro-Bank aufgekauft. Da der Kaufpreis derzeit am Markt etwa 30% niedrigerer als der Ausgabewert ausfällt, erfolgt in diesem Ausmaß eine Beteiligung der Gläubiger an der Teilentschuldung. Im Gegenzug werden Bonds mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einem Zinssatz von 3,5% ausgegeben. Diese Staatsanleihen werden als Eurobonds durch die Euro-Bank ausgegeben. Die Haftung liegt dann bei der Euro-EU. Um schnell zu handeln, sollte als erster Schritt Griechenland oder aber dem Rettungsschirm erlaubt werden, Anleihen zurückzukaufen. Der Aufschrei der Rating-Agenturen ist zu erwarten. Zu raten ist, mit der Entmachtung der drei großen Rating-Agenturen durch die Ignoranz ihrer Noten zu beginnen.

### New Deal zur Modernisierung

Die Krisenländer müssen selbstverständlich einen angemessenen, ökonomisch vernünftigen Eigenbeitrag erbringen. Dazu gehört die kritische Kontrolle ihrer öffentlichen Ausgaben sowie ihrer Steuereinnahmen. Ohne eine massive Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Griechenland ist eine Sanierung nicht möglich. Das gesamte politische System sollte durch demokratische Strukturen gestärkt werden. Ein großer Fehler war es, die Vergabe von Rettungsmitteln mit martialischen Einsparprogrammen zu verknüpfen. Die gesamtwirtschaftlich katastrophalen Folgen müssen endlich in das Kalkül einbezogen werden. Wenn in diesem Jahr mit einem ökonomischen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion von knapp 4% in Griechenland zu rechnen ist, dann ist dies auch eine Folge der Einsparung öffentlicher Aufgaben und der Erhöhung von Massensteuern. Da wirkt der Hinweis der Rating Agentur, die Note für Griechenland müsse in Richtung Ramschstatus wegen der ökonomisch schlechten Aussichten abgewertet werden, zynisch. Erst wird die Einsparpolitik für eine bessere Note gefordert und dann erfolgt wegen der Belastung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Abwertung.

Der Kauf von Zeit durch Rettungsschirme muss zur Modernisierung der Wirtschaft genutzt werden. Hier hat bisher die EU mit dem Vorrang für Einsparprogramme versagt. Dazu ist ein New Deal mit Investitionen in die Infrastruktur und den Aufbau von kleinen und mittleren Unternehmen erforderlich. Nach Hinweisen aus der deutschen Wirtschaft bieten sich die Felder künftig neuer Wirtschaftsaktivitäten an: Energieversorgung, Energieeffizienz, Abfall- und Entsorgungswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Transport, Logistik und Mobilität.

---

Juli 2011